

Schriften zum Völkerrecht

Band 44

Rechtsfolgen bei Verletzung  
völkerrechtlicher Verträge

Von

Dr. Edmund Duckwitz



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

**EDMUND DUCKWITZ**

**Rechtsfolgen bei Verletzung völkerrechtlicher Verträge**

**Schriften zum Völkerrecht**

**Band 44**

# Rechtsfolgen bei Verletzung völkerrechtlicher Verträge

Von

Dr. Edmund Duckwitz



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten  
© 1975 Duncker & Humblot, Berlin 41  
Gedruckt 1975 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61  
Printed in Germany  
ISBN 3 428 03402 3

*Meinen Eltern*



# Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| § 1 Zur Fragestellung .....   | 11 |
| <b>I. Die Wiener Vertragskonvention<br/>und ihr Regelungsbereich</b>      |    |
| § 2 Die Wiener Vertragskonvention .....                                   | 13 |
| 1. Allgemeines .....  | 13 |
| 2. Regelungsbereich der Konvention .....                                  | 14 |
| <b>II. Soll die Vertragsverletzung<br/>Rechtsfolgen nach sich ziehen?</b> |    |
| § 3 Historische Entwicklung der Rechtsfolgen im Völkerrecht .....         | 16 |
| § 4 Das völkerrechtliche Delikt und seine Folgen .....                    | 18 |
| § 5 Ist die Vertragsverletzung ein Delikt? .....                          | 22 |
| 1. Was ist ein Vertrag? .....   | 22 |
| 2. Warum werden Verträge gehalten? .....                                  | 23 |
| 3. Gibt es eine Verpflichtung, Verträge zu halten? .....                  | 24 |
| a) Allgemeines .....  | 24 |
| b) Souveränität .....   | 25 |
| c) Pacta sunt servanda .....  | 26 |
| § 6 Wann liegt eine Vertragsverletzung vor? .....                         | 29 |
| § 7 Ab wann ist eine Vertragsverletzung möglich? .....                    | 41 |
| § 8 Rechtfertigungsgründe/Beendigungsgründe .....                         | 43 |
| 1. Einwilligung .....   | 44 |
| 2. Notwehr .....  | 45 |
| 3. Notstand/Selbsterhaltung .....   | 46 |
| 4. Unmöglichkeit/Unvermögen .....   | 49 |
| § 9 Die „clausula rebus sic stantibus“ .....                              | 51 |
| § 10 Schuld- oder Erfolgshaftung .....                                    | 56 |
| § 11 Aktiv- und Passivlegitimation .....                                  | 62 |
| § 12 Einfluß von Krieg auf Verträge .....                                 | 65 |
| § 13 Zwischenergebnis .....   | 66 |
| <b>III. Die Rechtsfolgen</b>  |    |
| § 14 Allgemeines .....  | 68 |
| § 15 Rücktritt/Kündigung .....  | 73 |



|      |  |     |
|------|--|-----|
| § 16 | Rechtsfolgen, die speziell bei Verletzung multilateraler Verträge gelten .....       | 78  |
|      | 1. Ausschluß .....   | 78  |
|      | 2. Suspendierung vom Vertrag .....   | 80  |
|      | 3. Entzug von Leistungen und Vergünstigungen .....                                   | 81  |
|      | 4. Entzug des Stimmrechts .....  | 81  |
|      | 5. Boykott .....   | 82  |
|      | 6. Militärische Intervention .....   | 83  |
|      | 7. Wiedergutmachung .....  | 84  |
| § 17 | Naturalrestitution .....   | 84  |
| § 18 | Schadensersatz .....   | 91  |
| § 19 | Vorrang zwischen Naturalrestitution und Schadensersatz .....                         | 99  |
| § 20 | Umfang des Schadensersatzes .....  | 100 |
|      | 1. Allgemeines .....   | 101 |
|      | 2. Direkter Schaden .....  | 103 |
|      | 3. Indirekter Schaden / entgangener Gewinn .....                                     | 104 |
|      | 4. Bestimmung des entgangenen Gewinns .....  | 111 |
|      | 5. Immaterielle Schäden .....  | 113 |
|      | 6. Ersatz von Aufwendungen .....   | 114 |
|      | 7. Ergebnis .....  | 116 |
| § 21 | Zinsen .....   | 116 |
| § 22 | Zeitpunkt der Schadensberechnung .....   | 123 |
| § 23 | Auswirkungen des Ausmaßes des Verschuldens auf den Umfang des Schadensersatzes ..... | 124 |
| § 24 | Genugtuung .....   | 125 |
| § 25 | Retorsion, Repressalie, Krieg .....  | 131 |
|      | 1. Allgemeines .....   | 131 |
|      | 2. Retorsion .....   | 132 |
|      | 3. Repressalie .....   | 132 |
|      | 4. Krieg .....   | 135 |
|      | 5. Multilaterale Verträge .....  | 135 |
| § 26 | Gründe, die bestehende Rechtsfolgenansprüche undurchsetzbar machen .....             | 136 |
|      | 1. Verwirkung, Schweigen, Verzicht .....   | 136 |
|      | 2. Verjährung .....  | 137 |
| § 27 | Mitverschulden und Vorteilsausgleichung .....  | 139 |
|      | 1. Mitverschulden .....  | 139 |
|      | 2. Vorteilsausgleichung .....  | 141 |
| § 28 | Strafe als Rechtsfolge des Völkerrechts .....  | 143 |
| § 29 | Streitbeilegung und Durchsetzung von Ansprüchen .....                                | 146 |
| § 30 | Sicherung der Vertragserfüllung .....  | 149 |
| § 31 | Zusammenfassendes Ergebnis .....   | 151 |

## Abkürzungsverzeichnis

|              |  |
|--------------|--|
| <b>BGB</b>   | = Bürgerliches Gesetzbuch  |
| <b>CIJ</b>   | = Cour Internationale de Justice                                   |
| <b>ICJ</b>   | = International Court of Justice                                   |
| <b>IGH</b>   | = Internationaler Gerichtshof                                      |
| <b>PCIJ</b>  | = Permanent Court of International Justice                         |
| <b>s. o.</b> | = siehe oben   |
| <b>StIG</b>  | = Ständiger Internationaler Gerichtshof                            |
| <b>WRV</b>   | = Weimarer Reichsverfassung  |
| <b>WVK</b>   | = Wiener Vertragskonvention  |
| <b>ZaöRV</b> | = Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht |



## § 1 Zur Fragestellung

Mit dem Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages verfolgen die jeweiligen Partner, ebenso wie Privatpersonen im innerstaatlichen Bereich, den Zweck, gewisse gegenseitige Bindungen zu erzeugen, in deren Rahmen gemeinsame Ziele verfolgt oder ein bestimmtes Verhalten veranlaßt werden sollen. Nach Whitton waren allein im Jahre 1934 25 000 Verträge in Kraft<sup>1</sup>, heute dürfte die Zahl ein Vielfaches betragen, da die internationalen Beziehungen immer enger werden. Wie auch zwischen Privatpersonen, so werden diese Verträge zwischen Staaten in gewissen Fällen, insbesondere wenn sie einem Partner un-  
bequem werden, gebrochen. Nach Voltaire ist der Bruch des Vertrages sogar die Regel: „La violation des traités est la méthode habituelle de les respecter“<sup>2</sup>.

Fraglich ist nun, welche Möglichkeiten dem betroffenen Staat zur Verfügung stehen, um seine durch die Vertragsverletzung geschädigten Interessen zu schützen. Im innerstaatlichen Bereich gewährt die Rechtsordnung dem Verletzten ausreichenden Schutz durch die Zuweisung von Schadensersatzansprüchen und durch die Möglichkeit, diese Rechte im Klagewege mit Hilfe der Staatsgewalt durchzusetzen und gegebenenfalls auch mit Hilfe des Staates die Vollstreckung zu betreiben. Bei der Verletzung von völkerrechtlichen Verträgen dagegen ist von vornherein keine absolute Klarheit über die Rechtsfolgen zu gewinnen. Die Rechtsordnung des Völkerrechts ist in diesem Bereich noch nicht deutlich ausformuliert, so daß in einzelnen Fragen noch vieles umstritten ist. Die Existenz von ungeklärten Gebieten darf aber nicht dazu führen, das Normensystem des Völkerrechts als Rechtsordnung anzuzweifeln, denn in jeder Rechtsordnung gibt es umstrittene Fragen, und auch nicht jede rechtliche Bestimmung läßt sich durch Zwang durchsetzen<sup>3</sup>.

Auch aus der Wiener Konvention über das Recht der Verträge lassen sich keine tiefgehenden Schlüsse ziehen, was noch weiter unten gezeigt werden soll.

In der vorliegenden Arbeit soll nun versucht werden, insbesondere folgende Fragen, die sich bei der Verletzung von völkerrechtlichen Ver-

---

<sup>1</sup> Whitton, La Règle „pacta sunt servanda“, S. 231.

<sup>2</sup> Whitton, La Règle „pacta sunt servanda“, S. 221.

<sup>3</sup> Kelsen, Unrecht und Unrechtsfolge im Völkerrecht, S. 483.

trägen ergeben, zu prüfen. Zuerst muß untersucht werden, ob überhaupt an eine Vertragsverletzung irgendwelche Rechtsfolgen geknüpft werden sollen, oder ob nicht vielmehr die Einhaltung von Verträgen nur eine Höflichkeit der Staaten im Verhältnis zueinander darstellt. Wird diese Frage im ersten Sinne beantwortet, so schließt sich daran die Prüfung der verschiedenen möglichen Rechtsfolgen einer Vertragsverletzung an. Zum Abschluß soll dann noch untersucht werden, wie sich etwaige Rechtsfolgen durchsetzen lassen, und ob es Möglichkeiten der Sicherung der Vertragseinhaltung gibt.

# I. Die Wiener Vertrags- konvention und ihr Regelungsbereich

## § 2 Die Wiener Vertragskonvention

### 1. Allgemeines

Als Grundlage für das Recht der internationalen Verträge ist heute die Wiener Konvention über das Recht der Verträge von 1969 anzusehen. Nach langer Vorbereitung in der International Law Commission waren in den Jahren 1968 und 1969 Delegationen aus den meisten Staaten der Erde (1968 103, 1969 110) in Wien zusammengekommen, und sie beschlossen am 23. Mai 1969 die Konvention in der vorliegenden Form.

In der Konvention ist vorgesehen, daß sie mit Hinterlegung der 35. Ratifikationsurkunde in Kraft treten soll (Art. 84, I WVK). Bis heute ist diese Zahl aber nicht erreicht worden, was dazu führen könnte, der Konvention Auswirkungen auf das gegenwärtige Vertragsrecht abzusprechen, womit man bei der Frage nach den Rechtsfolgen bei Verletzung völkerrechtlicher Verträge doch weiterhin allein auf das hergebrachte Völkerrecht angewiesen wäre. Da aber bei den Vertragsverhandlungen fast alle Staaten der Erde beteiligt waren und die Abstimmungen zu den einzelnen Artikeln immer zu eindeutigen Mehrheiten führten, kann man davon ausgehen, daß in dieser Konvention die Rechtsauffassung der Mehrheit der Staaten zum Ausdruck kommt, sie also als eine Bestätigung des Völkergewohnheitsrechts anzusehen ist und jede Vorschrift Völkergewohnheitsrecht bedeutet<sup>1</sup>. Zu diesem Ergebnis kommt auch der IGH in seinem Gutachten vom 21. 6. 1971, das allerdings nur die Vorschrift über das Rücktrittsrecht nach Vertragsverletzung betrifft<sup>2, 3</sup>.

---

<sup>1</sup> Ago, *Droit des Traités à la Lumière de la Convention de Vienne*, *Recueil des Cours* Bd. 134, S. 328/329.

<sup>2</sup> CIJ *Recueil* 1971, S. 47: „Les règles de la Convention de Vienne sur le droit des traités concernant la cessation d'un traité violé (qui ont été adoptés sans opposition), peuvent, à bien des égards, être considérées comme une codification du droit coutumier existant dans ce domaine.“

<sup>3</sup> Siehe hierzu auch die Urteile im *Island-Fall*, in denen Art. 52 WVK als Gewohnheitsrecht angesehen wird.